

## Einleitung

Europa ist ein spannendes Thema – aber auch ein schwieriges. Da ist nicht nur die umgangssprachlich ständig verwischte Grenze zwischen Europa und der Europäischen Union zu beachten, sondern man muss auch sehr aufmerksam die Entwicklung verfolgen, um mit Sicherheit auf dem neuesten Stand zu sein. Die Eurothemen sind zudem oftmals sehr abstrakt und im Unterrichtsalltag nur schwer konkret zu vermitteln und für die Schülerinnen und Schüler zu verstehen.

Der Berliner Europakoffer ist dazu gedacht, hier Hilfestellung zu geben. Er verbindet aktuelle Materialien mit Anregungen für den Unterricht, die als Module variabel eingesetzt werden können.

Das vorliegende Handbuch orientiert sich am Berliner Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I im Fach Sozialkunde, der zum Schuljahr 2006/2007 von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Kraft gesetzt wurde.

## Rahmenlehrplan

Das Handbuch folgt mit den nachfolgenden Themenbereichen der Systematik des Rahmenlehrplans im Fach Sozialkunde und gibt Hinweise auf Quellen und Material, die für den Unterricht genutzt werden können. Außerdem gibt es Anregungen zur möglichen Gestaltung des Unterrichts – Anregungen, die die Kompetenzen und Kreativität der Lehrkräfte und der Lernenden nicht ersetzen, sondern bestenfalls unterstützen können.

Die „Europäische Union“ ist im Rahmenlehrplan der dritte von insgesamt vier Themenkomplexen, die für die Doppeljahrgangsstufe 9/10 laut Rahmenlehrplan im Fach Sozialkunde für die Sekundarstufe I des Landes Berlin vorgesehen sind.

Der Rahmenlehrplan gibt Kompetenzen vor, die die Schülerinnen und Schüler erwerben sollen. Diese Kompetenzen sind an Inhalte gebunden, die im Unterricht behandelt werden sollen.

Der vorliegende Rahmenlehrplan weist Standards jeweils für das Ende einer Doppeljahrgangsstufe aus und unterteilt diese in drei Niveaustufen, wobei das jeweils höhere Niveau das darunter liegende voraussetzt:

☞ einfacher Standard (Hauptschule und Gesamtschule G/A-Kurse)

☞ ☞ mittlerer Standard (Realschule und Gesamtschule E-Kurse)

☞ ☞ ☞ erweiterter Standard  
(Gymnasium und Gesamtschule F-Kurse)

(Rahmenlehrplan, S. 15)



Die Ausführungen und Materialhinweise sind diesen drei Niveaustufen zugeordnet und über die Verwendung des Schlüssel-Symbols schnell auffindbar.

Die Vielzahl der Einzelthemen bedarf der sinnvollen didaktischen Reduktion. Die Beschränkung auf Themen zentraler Bedeutung ist empfehlenswert. Nachhaltiges Lernen beruht auf der Kontextualisierung der Einzelthemen, die Begründungen und Erklärungen anbietet. Dies wird an verschiedenen Beispielen verdeutlicht. Die Aufbereitung des Themas orientiert sich an den Empfehlungen der KMK zur Europabildung in der Schule in der Fassung vom Mai 2008 (s. [Informationsblatt I/1](#)).

Wenn Sie zum Handbuch Hinweise, Anregungen und/oder Verbesserungsvorschläge anbringen möchten, dann wenden Sie sich bitte an die Europäische Akademie Berlin, Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin, Email: [ir@eab-berlin.eu](mailto:ir@eab-berlin.eu). Das Loseblatt-Konzept vereinfacht die Aktualisierung und Korrektur der Materialien.

Es ist geplant, das Handbuch in regelmäßigen Abständen auf den neuesten Stand zu bringen sowie den aktuellen europapolitischen Entwicklungen – bzw. die oben erwähnten Anregungen aufnehmend – entsprechend zu erweitern.

Dieses Handbuch entstand als gemeinsames Projekt der Europäischen Akademie Berlin, des Europareferats der Senatskanzlei Berlin, der Europäischen Kommission und der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg stand als Kooperationspartner zur Seite. Dank für die Unterstützung gebührt dem Auswärtigen Amt, dessen Förderung die Realisierung des Projekts erst möglich gemacht hat, sowie der Bundeszentrale für politische Bildung.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Themenbereiche (Sekundarstufe I)</b>	<b>Seite</b>
<b>I.</b> Europäischer Raum und Europäische Staatenwelt.....	4
<b>II.</b> Europäische Idee und wichtige Institutionen .....	12
<b>III.</b> Erweiterungen, Beitrittskriterien, Erwartungen und aktuelle Konflikte.....	17
<b>IV.</b> Grenzen und Binnenmarkt .....	20
<b>V.</b> Chancen und Möglichkeiten für Jugendliche im europäischen Raum.....	26



# EUROPÄISCHER RAUM UND EUROPÄISCHE STAATENWELT

Hier lauten die Vorgaben folgendermaßen:  
„Die Schülerinnen und Schüler ...

## **Begriff Europa** **Einfacher Standard:**

🗝️ ... entwickeln eine Vorstellung von dem Begriff Europa, der geographischen Dimension des Kontinents sowie den Gemeinsamkeiten und Unterschieden europäischer Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur“

## **Mittlerer Standard:**

🗝️ 🗝️ ... definieren den Begriff Europa, beschreiben die geographischen Dimensionen des Kontinents und untersuchen die Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede europäischer Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur;“

## **Erweiterter Standard:**

🗝️ 🗝️ 🗝️ ... erläutern den Begriff Europa sowie die geographische Dimension des Kontinents anhand von geographischen und historischen Kriterien und untersuchen vergleichend die Gemeinsamkeiten und Unterschiede europäischer Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur;“  
(alle Standards: Rahmenlehrplan S. 36)

Im Einzelnen lässt sich der Themenbereich wie folgt unterteilen:

🗝️ ... entwickeln eine Vorstellung von dem Begriff Europa, der geographischen Dimension des Kontinents“.

Indem die Schülerinnen und Schüler sich mit dem Begriff Europa auseinandersetzen, soll deutlich werden, dass „Europa“ eine Setzung ist. Europa ist, was wir als solches bezeichnen. Von daher ist es kein Zufall, dass wir es in Geschichte und Gegenwart mit unterschiedlichen Europadefinitionen zu tun haben, die alle über ihre eigene Berechtigung verfügen.

## **BEGRIFF EUROPA**

### **Einstiegsvarianten**

Es gibt verschiedene Einstiegsvarianten in das Thema.

So könnte man die Schülerinnen und Schüler anhand einer physikalischen Karte, die die politischen Grenzen nicht zeigt, die geographische Lage der europäischen Länder erarbeiten lassen.

Dies ist auch möglich mit einer Übersichtskarte, die die politischen Grenzen zwar zeigt, jedoch die Staatennamen nicht angibt. Bei Internetverfügbarkeit bietet sich auch ein Europapuzzle an, das unter [www.bpb.de/fsd/europapuzzle/puzzle\\_flash1.html](http://www.bpb.de/fsd/europapuzzle/puzzle_flash1.html) zu finden ist.



#### Berlin Bezug

Eine andere Möglichkeit wäre, ein Einstiegsgespräch über Europa in Berlin zu führen. Wo sieht man „Europa“ oder wo steckt es drin? Da gibt es am Anfang des Kurfürstendamms das Europa-Center, Unter den Linden am Brandenburger Tor das „Europäische Haus“. Das Brandenburger Tor selbst repräsentiert auch ein Stück europäischer Geschichte, seit Napoleon bei der Besetzung Berlins durchmarschierte und die Quadriga als Trophäe mitnahm. Europa manifestiert sich in vielen Straßen- und Platznamen (Pariser Platz, Alexanderplatz – benannt nach dem russischen Zaren, etc.).

Einen kurzen Aufriss zum Begriff Europa finden Sie im Buch „Europa – ein Überblick“ auf S. 5. Ausführlicher ist der Mythos der geraubten Europa im Informationsblatt I/2 dargestellt. Interessanterweise gilt als das Symbol Europas oftmals der Stier. Tatsächlich war Europa die Königstochter. Der Stier, in den Zeus sich verwandelte, um sich ihr zu nähern, war der Entführer der Europa.

#### Quellenarbeit

## GRENZEN EUROPAS

Im zweiten Schritt sollten die Schülerinnen und Schüler lernen, dass Europa nicht eindeutig definiert wird und werden kann. Die **Grenzen Europas** sind Setzungen, die auch nicht einheitlich vorgenommen werden. Während der Bosphorus, eine schmale Meerenge, oftmals als „natürliche Grenze“ zwischen Europa und Asien definiert wird, misst man dem Europäischen Nordmeer eine solche Funktion nicht zu und rechnet Island selbstverständlich zu Europa. Grönland ist im Zusammenhang mit Dänemark 1973 Mitglied der Europäischen Gemeinschaften geworden. Sein Austritt aus der EG 1985 hatte wirtschaftliche Gründe. Ihm lag nicht das Gefühl zugrunde, nicht Teil Europas zu sein.

Arbeitsblatt I/1 zeigt verschiedene „Europas“ in der Praxis: Der Europarat, die OSZE, der Fußballverband UEFA oder der Liederwettbewerb der Eurovision (Eurovision Song Contest) fassen Europa unterschiedlich weit.

Anhand der beiliegenden politischen und physikalischen Karte können die Schülerinnen und Schüler die verschiedenen „Europas“ identifizieren und Kriterien entwickeln (das größte/ kleinste, nördlichste/ südlichste, bekannteste/unbekannteste etc. Land). Unterstützen kann hierbei das Informationsblatt I/3 mit ausgewählten Länderdaten. Bei der Kartenarbeit sollte auch ein Augenmerk auf die Nachbarschaften sowie auf die verbindenden Elemente (Gebirgszüge, Flussläufe) gerichtet werden.

Als zusätzliches Arbeitsmaterial kann der Kommentar in der Frankfurter Rundschau genutzt werden, der anlässlich der Auslosung der Endrundenteilnehmer zur Fußball-Europameisterschaft 2008 erschienen ist (Dokument 1) oder der Beitrag von Hans-Dietrich Schultz zum Thema „Wo verlaufen Europas Grenzen?“ (Dokument 2).





#### Einzel-/ Gruppenarbeit

#### Kartenarbeit/Länderdaten



#### kriteriengeleitetes Unterrichtsgespräch




  ... definieren den Begriff Europa, beschreiben die geographischen Dimensionen des Kontinents“.

### **In Ergänzung zu dem bereits Gesagten:**

**Kartenarbeit** Anhand der Karte 1 (physikalische / politische Karte der Bundeszentrale für politische Bildung) können die Schülerinnen und Schüler Europa für sich definieren und anschließend mit den Definitionen der anderen vergleichen. Wie vertragen sich Inseln wie Großbritannien, Zypern oder Island mit der Definition eines Kontinents, die auf dem Arbeitsblatt I/1 wiedergegeben sind? Was spricht dafür, was dagegen, dass verschiedene europäische Organisationen ganz unterschiedliche Europadefinitionen in ihrer Mitgliederstruktur verwirklichen?

**Quellenarbeit** Zur Information der Lernenden empfiehlt sich auch die Unterrichtseinheit 1 „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“.

**Kartenarbeit** Anhand des Arbeitsblattes I/2 Blankokarte und Länderliste können die Schülerinnen und Schüler in Partnerarbeit ihre geografischen Kenntnisse überprüfen und mit einem Atlas eventuell korrigieren.

   ... erläutern den Begriff Europa sowie die geografische Dimension des Kontinents anhand von geographischen und historischen Kriterien“.



### **kriteriengeleitete Diskussion**

#### **Zusätzlich zu dem bereits Entwickelten:**

Auf diesem Kompetenzniveau kann man die Schülerinnen und Schüler bitten, eigene Überlegungen darüber zu formulieren, wie ein Kontinent definiert sein sollte. Im Unterrichtsgespräch lässt sich herausarbeiten, dass Kontinente immer auch politisch definiert und nicht objektiv als Kontinente vorhanden sind.



### **Gruppenarbeit**

Es empfiehlt sich die Berücksichtigung des Themenblatts 65 der Bundeszentrale für politische Bildung, „Das Europa der 27“, und zwar vor allem die Aufgaben 1 und 2. Im Lehrerteil dieses Themenblattes (S. 3) findet sich eine weiterführende Erläuterung.

# EUROPÄISCHE GEMEINSAMKEITEN UND DIFFERENZEN

🔑 ... entwickeln eine Vorstellung von ... den Gemeinsamkeiten und Unterschieden europäischer Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur“.

**Unterschiede und Gemeinsamkeiten der europäischen Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur** sind nicht nur ein weites Feld, sie liegen auch oftmals im Auge des Betrachters.

Ein Schema als Grundlage für die Erarbeitung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden finden Sie in [Abbildung I/1](#).



**Gruppenarbeit**

**Gemeinsamkeiten** lassen sich phänotypisch beschreiben, werden dabei allerdings unseren modernen Gesellschaften oft nicht mehr gerecht. Während es sicherlich eine Gemeinsamkeit in der Kleidung gibt (im Unterschied zu Teilen der asiatischen und afrikanischen Welt), lässt sich die Hautfarbe schon nicht mehr durchgehend als Gemeinsamkeit und damit auch Unterscheidungskriterium zu anderen Kontinenten nutzen. Nicht alle Europäer haben eine helle Hautfarbe. Zwar lässt sich sagen, dass Europa stark von christlich-jüdischen Traditionen geprägt worden ist, aber in Europa leben auch Millionen Muslime sowie Angehörige anderer Religionen – außerdem nicht zuletzt viele Menschen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören. Eine Gemeinsamkeit sind sicherlich die europäischen Stadtstrukturen.

Aus denselben Kriterien lassen sich auch die Unterschiede generieren, die zwischen den europäischen Staaten vorhanden sind, wenngleich nicht in derselben Schärfe wie zu außereuropäischen Staaten.

Hier ist zum Beispiel das Klima zu nennen, das überwiegend gemäßigt ist. Hieran knüpfen sich auch bestimmte Wirtschaftsformen wie die Regenfeldwirtschaft, also der landwirtschaftliche Anbau mit einer natürlichen Bewässerung (eben durch Regen). Allerdings gibt es auch Unterschiede. In manchen europäischen Ländern wachsen Orangen und Zitronen, in anderen gibt es nicht einmal Weinanbau.

Im **politischen Bereich** ist die demokratische Verfassung als Gemeinsamkeit fast aller europäischer Staaten anzuführen. Die Ausnahmen stellen Belarus und zunehmend auch Russland dar.

Darüber hinaus sind im kontinentaleuropäischen Bereich sehr ähnliche Vorstellungen von gesellschaftlicher Solidarität in Form des Sozialstaats anzutreffen. Dies ist eine wesentliche Bezugsgrundlage für die in letzter Zeit wichtiger werdende soziale Dimension der EU.

Alle europäischen Staaten haben sich auf gemeinsame Werte verpflichtet, für die die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarates steht. Lediglich Belarus gehört dem Europarat nicht an, der Vatikanstaat (Heiliger Stuhl) hat Beobachterstatus. Das wichtigste Dokument des Europarates ist die – über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg für jeden Bürger einklagbare – Europäische Menschenrechtskonvention. Ein kurzer – jugendgerechter – Artikel findet sich in „[Pocket Europa](#)“ auf S. 28.



**Quellenarbeit /  
Präsentation**

Der **Europarat**, die älteste auf Frieden und Verständigung gerichtete Nachkriegsorganisation in Europa sollte trotz der überragenden Bedeutung der Europäischen Union in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden.

#### Quellenarbeit



#### SOL – Recherche

Die EU hat die Werte, auf denen sie basiert, zudem in der Grundrechtecharta niedergelegt. Sie ist als **Minibuch** beigefügt.

Die Unterschiede liegen im Detail: Es gibt Staaten, die als Monarchien verfasst sind (in der EU immerhin sieben: Schweden, Dänemark, Großbritannien, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Spanien), Staaten mit unterschiedlichen Volksgruppen (z. B. Belgien mit Flamen, Wallonen und Deutschen oder Estland und Lettland mit Esten bzw. Letten und Russen), Staaten mit konstitutionell starken Präsidenten (z. B. Frankreich oder Polen) und solche, in denen die Präsidenten überwiegend repräsentative Funktionen wahrnehmen (z. B. Deutschland oder Österreich). So augenfällig die Unterschiede an der Spitze des Staates sind, so wichtig sind die Verschiedenheiten im Staatsaufbau. Föderale Staaten wie Deutschland, Österreich oder Belgien sind dabei von zentralistischen Staaten wie Frankreich oder Polen zu unterscheiden. Es zeigt sich, dass Demokratien unterschiedliche Ausprägungen haben können und haben.

Auf **wirtschaftlichem Sektor** liegen die Gemeinsamkeiten in der marktwirtschaftlichen Orientierung der europäischen Staaten sowie darin, dass es sich insgesamt um entwickelte Volkswirtschaften handelt.

Die Unterschiede im wirtschaftlichen Niveau sowie in der Ausrichtung der Volkswirtschaften (Anteile von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungssektor) sind evident.



#### Quellenarbeit / Präsentation in Gruppen

Einen Überblick über die wirtschaftliche Stärke der Länder der Europäischen Union gibt „**Pocket Europa**“ auf den Seiten 102–182. Dort finden sich auch für jeden Staat einige Beschreibungen, die das Land interessant und den Schülerinnen und Schülern sicherlich Spaß machen. Auch wenn Berlin kein Staat ist, ist es ja bezogen auf die Bevölkerungsgröße durchaus vergleichbar, denn Malta, Zypern, Estland, Lettland und Slowenien haben weniger Einwohner als Berlin.

Um ein Gefühl dafür zu erhalten, was wirtschaftliche Daten meinen, kann man die Schülerinnen und Schüler anregen, einen vergleichenden Steckbrief über Berlin zu erstellen.



#### Berlin-Bezug

#### Einige Daten zu Berlin:

	Berlin	Brandenburg	Deutschland	Polen	EU-27
Arbeitslosenquote	14,1% <sup>1</sup>	13,2% <sup>1</sup>	7,8% <sup>1</sup>	8,1% <sup>2</sup>	8,9% <sup>2</sup>
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	98,5%	k.A.	115,2% <sup>3</sup>	51,3%	Bezugsgröße insges. 100
BIP je Einwohner	23.292 € <sup>4</sup>	27.219 € <sup>4</sup>	31.100 € <sup>5</sup>	11.000 € <sup>5</sup>	26.500 € <sup>5</sup>

<sup>1</sup> Bundesagentur für Arbeit, <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/A01-Allgemein-Info/A011-Presse/Publikation/pdf/Landkarten-Eckwerte-2008-05.pdf>. Stand: Mai 2008

<sup>2</sup> Eurostat, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table-do?tabtab\\_einit=1&language=de&code=teilM020&plugin=1](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table-do?tabtab_einit=1&language=de&code=teilM020&plugin=1), Stand: 5/2009

<sup>3</sup> Eurostat, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/national\\_accounts/dat/main\\_tables](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/national_accounts/dat/main_tables), Stand 2008

<sup>4</sup> Statistische Ämter des Bundes und der Länder, [http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis\\_VGR/tbils/tab01.asp#tab07](http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tbils/tab01.asp#tab07), Stand 2008

<sup>5</sup> Institut für Wachstumsstudien (IWS), <http://www.economic-growth.eu/Seiten/AktuelleDaten/Prognose2009.html>, Stand: 5/2009

Zu den **kulturellen Gemeinsamkeiten** schreibt Julian Nida-Rümelin, der frühere Staatsminister für Kultur:

„Da ist zum einen die Gemeinsamkeit der europäischen Ursprünge in der griechischen Klassik mit ihrer Verbindung von freier Kultur und wissenschaftlicher Rationalität. Da ist die römische Rechts- und Staatstradition, die über die Jahrhunderte bis in die Gegenwart an Prägekraft nicht eingebüßt hat. Aber auch die christliche Religiosität hat zur kulturellen Identität Europas wesentlich beigetragen. Schließlich Humanismus und Aufklärung, die in der Moderne die kulturellen Voraussetzungen für Demokratie, autonome Wissenschaft und gesellschaftliche Fortschritt legten. Seit der frühen Neuzeit entwickelte sich eine europäische Bildungs- und Wissenschaftslandschaft, die vielfältig vernetzt zum Ferment der kulturellen Identität Europas wurde.“

(Julian Nida-Rümelin: Europäische Kultur – Identität und Differenz, <http://www.artetv.de/Die-Autoren/525442.html>, letzte Aktualisierung: 27.05.2004)

Die Vielfalt Europas – und nicht nur Europas – spiegelt sich ja auch in der Zusammensetzung vieler Schulklassen wider. Eine Übersicht über die Berliner Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten findet man auf der Internetseite des Berliner Beauftragten für Migration und Integration: [http://www.berlin.de/lb/intmig/statistik/demografie/einwohner\\_staatsangehoerigkeit.html](http://www.berlin.de/lb/intmig/statistik/demografie/einwohner_staatsangehoerigkeit.html).

Die Internationalität Berlins als europäische Metropole dokumentiert sich beispielhaft auch an den Schulen: In Berlin gibt es 2008 knapp 52.000 Schülerinnen und Schüler an den öffentlichen und privaten Schulen, die eine ausländische Staatsbürgerschaft haben (15,7%). Die höchste Quote ausländischer Schülerinnen und Schüler weisen die Bezirke Mitte (35,8%), Friedrichshain-Kreuzberg (29,5%) und Neukölln (28,8%) auf. Sehr viele ausländischen Schülerinnen und Schüler in Berlin stammen aus den EU-Ländern, vor allem aus Polen (2 198). Knapp 20.000 Schülerinnen und Schüler haben die türkische Staatsbürgerschaft.

Zwei Beispiele für Schulen in Berlin, die sehr unterschiedlich große Anteile ausländischer Schülerinnen und Schüler haben, sind die Hermann-Boddin-Grundschule in Berlin Neukölln und die Richard-Wagner-Grundschule in Berlin Lichtenberg. Von den insgesamt 389 Schülerinnen und Schülern an der Hermann-Boddin-Grundschule haben 229 eine andere Staatsangehörigkeit als die deutsche. 169 von ihnen stammen aus Europa, 44 aus Asien, 3 aus Afrika und 13 sind staatenlos oder haben eine ungeklärte Staatsangehörigkeit. Von den insgesamt 393 Schülerinnen und Schülern an der Richard-Wagner-Grundschule in Lichtenberg haben 9 eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit, 8 haben eine europäische Staatsangehörigkeit, 1 eine asiatische.

Quelle: Statistisches Jahrbuch Berlin-Brandenburg, Stand 2008, <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de>

Herkunftsunterschiede und deren Vor- und Nachteile, Gemeinsamkeiten und Unterschiede, können die Schülerinnen und Schüler vor diesem Hintergrund aus eigenem Erleben im Gespräch oder in einer Gruppenarbeit zusammentragen.



**Berlin-Bezug**



**Unterrichtsgespräch**



### Einzel-/ Gruppenarbeit

Ein für die Schülerinnen und Schüler evidenter Unterschied zwischen den verschiedenen Ländern sind die unterschiedlichen Sprachen. Ein spielerischer Zugang zu diesem Thema ergibt sich über die 23 Amtsprachen der EU, die in Form eines Silbenrätsels in der Unterrichtseinheit 1 „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“ erarbeitet werden können. Die Schülerinnen und Schüler können zum Vergleich auch einmal feststellen, wie viele Sprachen in ihrer eigenen Klasse bzw. an ihrer eigenen Schule vertreten sind.

Auch bezüglich des Anteils der Schülerinnen und Schüler, die eine nicht-deutsche Herkunftssprache haben, unterscheiden sich die bereits erwähnte Hermann-Boddin-Grundschule in Neukölln und die Richard-Wagner-Grundschule in Lichtenberg deutlich voneinander. An der Hermann-Boddin-Schule haben 91,8 % eine nicht-deutsche Herkunftssprache; an der Richard-Wagner-Grundschule ist die Anzahl der Schülerinnen und Schülern mit einer nicht-deutschen Herkunftssprache 0 von 393. Ein Schaubild über die Beispiele finden Sie in der Anlage „Beispiele Herkunftssprache“.

Die Bedeutung der Mehrsprachigkeit und die Sprachenvielfalt in Berlin zeigt sich u. a. auch in der Vielfalt der anerkannten Europaschulen. Berlin hat bundesweit das dichteste Netz von so genannten Staatlichen Europaschulen (SESB). Diese kulturübergreifenden und sprachintensiven Begegnungsschulen gibt es in neun Partnersprachen (Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch, Italienisch, Türkisch, Griechisch, Polnisch und Portugiesisch). Berlin verfügt derzeit (2008) über 33 Europaschulen (18 Grund- und 15 Oberschulen). Quelle: Angaben der Senatskanzlei Berlin

Als Hintergrundinformation für die Lehrkraft eignet sich der Einleitungsbeitrag von Wulf Köpke zu einer Ausstellung des Hamburger Museums für Völkerkunde, der als Dokument 3 beigefügt ist.



### Recherche / Präsentationen

Bei den Unterschieden sollte man auch die alltägliche Kultur miteinbeziehen: Essen, Feste, Traditionen. Die Schülerinnen und Schüler können hier sicherlich aus eigenem Erleben einiges beitragen.



### Diskussion

So eignet sich die Darstellung des Berliner „Karnevals der Kulturen“ als positives Beispiel des EU-Mottos „Einheit in Vielfalt“. In der Diskussion könnte die Frage erörtert werden, ob der Karneval ein Beispiel für europäische Kultur darstellt.


🔑 🔑 ...untersuchen die Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede europäischer Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur“



### Gruppenarbeit

Die anschließende Aufgabe „Reise nach Australien“ aus „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“ aus der Unterrichtseinheit I, Seite 32 kann den Schülerinnen und Schülern helfen, sich mit den Gemeinsamkeiten und dem Typischen der europäischen Staaten auseinanderzusetzen. Zur Basis einer Untersuchung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede







zwischen den europäischen Staaten kann am Beispiel der Länder der EU das Buch „Europa – Ein Überblick“, Kapitel 3 (Die Europäische Union – wer ist das eigentlich?, S. 41–61) herangezogen werden.

 ... untersuchen vergleichend die Gemeinsamkeiten und Unterschiede europäischer Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur“,

Für die vergleichende Untersuchung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der europäischen Staaten sollen die Schülerinnen und Schüler vorab Kriterien entwickeln: Was soll unter welchen Kategorien verglichen werden? Welche Bedeutung hat es? Für die Suche nach Kategorien können die Schülerinnen und Schüler dann auf die Informationen des Buches „Europa – Ein Überblick“, Kapitel 3 (Die Europäische Union – wer ist das eigentlich?, S. 41-61) zurückgreifen.

Für weiterführende Informationen kann man die Schülerinnen und Schüler bitten, aus dem Internet zu recherchieren. Hier bieten sich die Länderinformationen des Auswärtigen Amtes ([www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)), die elektronischen Lexika der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) sowie auch Wikipedia ([www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de)) an. Allerdings sollte man Wikipedia als ein Lexikon, in dem jeder Einträge vornehmen kann, problematisieren und die Schülerinnen und Schüler anhalten, Angaben aus Wikipedia grundsätzlich mit einer weiteren Quelle zu vergleichen. Dennoch ist Wikipedia oftmals informativ und anregend. Informationen über die Prinzipien des SOL finden sich unter [http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/SOL\\_allgemein.html](http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/SOL_allgemein.html)

In diesem Themenbereich gibt es einen engen Bezug zum Rahmenlehrplan Geografie, Themenfeld 4: Deutschland in Europa.

Dort wird gefordert, die räumlichen und sozialen Disparitäten nicht nur im Raum Berlin-Brandenburg, sondern auch in Europa nachzuweisen (  ) bzw. zu ermitteln und durch Beispiele zu belegen (   ) bzw. diese Disparitäten zu ermitteln, zu vergleichen und multiperspektiv zu reflektieren (    ).

Wir empfehlen hier eine Verbindung mit der Lehrkraft, die den entsprechenden Unterricht erteilt und eine Vernetzung der Unterrichtsstunden.



**kategoriengeleitete  
Gruppenarbeit**

**Fächerverbindender  
Unterricht: GEOGRAFIE**

# II

## EUROPÄISCHE IDEE UND WICHTIGE INSTITUTIONEN

„Die Schülerinnen und Schüler ...

### Einfacher Standard:

🔑... untersuchen Gründe und Ziele für die Vereinigung Europas, beschreiben die zentralen europäischen Institutionen und deren Zuständigkeitsbereiche“,

### Mittlerer Standard

🔑 🔑... erklären die Gründe für den Wunsch nach einem vereinten Europa und setzen sich mit den Zielen sowie Motiven auseinander und untersuchen zentrale europäische Institutionen, deren Zuständigkeitsbereiche und Arbeitsweisen aufgabengemäß“,

### Erweiterter Standard

🔑 🔑 🔑 ... analysieren und erörtern die Gründe und Ziele für die Vereinigung Europas vor historischem Hintergrund, erschließen sich die zentralen Institutionen der EU, untersuchen und diskutieren deren Zuständigkeiten und Arbeitsweisen“.

Die Schülerinnen und Schüler sollen in der Auseinandersetzung mit der Geschichte und Arbeitsweise der Europäischen Union verstehen, dass das Grundmotiv der europäischen Integration die Sicherung des Friedens unter den Mitgliedstaaten war. Obwohl nach zwei Weltkriegen Hass und Misstrauen gegeneinander weit verbreitet waren, gingen die Gründerstaaten miteinander den Weg der Kooperation. So ist auf der Basis der Europäischen Gemeinschaften ein enger Verbund europäischer Staaten gewachsen, der die Gegenwart und Zukunft der Mitgliedstaaten gemeinsam organisiert.

### Der Themenbereich lässt sich wie folgt unterteilen:



#### Einfacher Standard:

🔑 ... untersuchen Gründe und Ziele für die Vereinigung Europas“.

- Geschichte** Das **Motiv der europäischen Integration** war die Sicherung des Friedens unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Die erste Gemeinschaft war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), deren Gründungsvertrag 1951 unterschrieben wurde und 1952 in Kraft trat und eine Kooperation der Schwerindustrie initiierte.
- Quellenanalyse** Die Ziele können die Schülerinnen und Schüler durch eine Analyse der Prä-




ambel des EGKS-Vertrags vom 18.04.1951 erarbeiten (Arbeitsblatt I/3). Bei einer Präambel handelt es sich um eine Vorrede bei Verträgen und Verfassungen, die das Ziel des Dokuments ausdrücken, ohne selbst Teil des Vertragstextes zu sein. Bei der Interpretation von Verträgen und Verfassungen, auch durch die Gerichte, wird die Präambel mit herangezogen, um zu erfassen, was der Gesetzgeber bzw. die Vertragspartner mit dem Dokument erreichen wollten.

### Mittlerer Standard:

  ... erklären die Gründe für den Wunsch nach einem vereinten Europa und setzen sich mit den Zielen sowie Motiven auseinander“.

Den Schülerinnen und Schülern kann vor der Präambel des EGKS-Vertrages die berühmte Rede von Winston Churchill von 1946 präsentiert werden. Diese liegt schriftlich in englischer Transkription bzw. deutscher Übersetzung (Dokument 4, „Churchill Rede“) und als Tondokument 1 vor.

### Erweiterter Standard

   ... analysieren und erörtern die Gründe und Ziele für die Vereinigung Europas vor historischem Hintergrund“.

Auf dieser Kompetenzstufe können die historischen Zusammenhänge stärker berücksichtigt werden. Darauf verweist das Kapitel 2 des Buches „Europa – Ein Überblick“ (S. 21–39). Dargestellt werden sollte die Geschichte des **Europarates**, der nach dem Krieg als erste auf Frieden und Zusammenarbeit gerichtete Organisation entstanden ist, in dem es jedoch keine Einigkeit darüber gab, ob er über echte Kompetenzen verfügen sollte. Dies verweist auf das Schlüsselwort zum Verständnis der Europäischen Union von ihren Anfängen bis heute: **Supranationalität**.

Es empfiehlt sich, mit den Schülerinnen und Schülern über diesen Begriff eine Diskussion zu führen. Was spricht für ein solches Prinzip, was dagegen? Eine Definition steht in „Pocket Europa“, S. 86.

Arbeitsaufgaben dazu finden sich in den Themenblättern Nr. 72 „Welche EU wollen wir?“, Bundeszentrale für politische Bildung. Um im Unterricht den Geschichtsbezug herzustellen, sollte im historischen Kontext auch der das Nachkriegseuropa bestimmende Ost-West-Konflikt, der es unmöglich machte, Deutschland nach dem Krieg im politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Abseits zu lassen, thematisiert werden.

Informationsblatt I/4 „Berlin im Ost-West-Konflikt“ stellt die Auswirkungen des Ost-West-Konflikts in Berlin dar und kann gegebenenfalls in den Unterricht eingebracht werden.

„Gute Gründe für Europa“ heißt ein aktueller Flyer der Berliner Senatskanzlei, der 17 gute Gründe für die europäische Integration und die Vorteile Berlins aufzählt. Der Flyer findet sich als Material im Koffer.

**Quellenanalyse und  
Fremdsprachenkompetenz**

**Quellenarbeit**



**Diskussion**



**Einzel-/ Gruppenarbeit**



**Textarbeit  
Berlin-Bezug**

**Gegenwartsbezug**

## Einfacher Standard:

🔑 ... beschreiben die zentralen europäischen Institutionen und deren Zuständigkeitsbereiche“,



Einzel-/ Gruppenarbeit

## Institutionen

Informationen und Arbeitsaufgaben zu den Institutionen finden sich im Kapitel 3 der Unterrichtseinheit 1 „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“. Einen Überblick gibt das Kapitel 4 des Buches „Europa – Ein Überblick“, S. 63–91. Ergänzende Grafiken und Texte finden sich in den Informationen zur politischen Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 279, „Die Europäische Union“, S. 20 ff. Die beiden letztgenannten Publikationen berücksichtigen allerdings nicht die durch den Lissabonner Vertrag eingetretenen Veränderungen.



Berlin-Bezug  
SOL – Recherche

An einem konkreten Fallbeispiel kann erläutert werden, welche Kompetenzen die einzelnen Institutionen haben. Hierzu können die Schülerinnen und Schüler ein Schaubild anfertigen.

Welche Institutionen sind auch in Berlin vertreten? Das kann man die Schülerinnen und Schüler recherchieren lassen. Schnell werden sie feststellen, dass das Europäische Parlament und die Europäische Kommission eine Vertretung in Berlin haben (Unter den Linden 78 am Brandenburger Tor). Die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments verfügen darüber hinaus in Berlin über Büros. Auch das Europäische Patentamt – wenngleich keine der Institutionen – hat eine Außenstelle in Berlin, und zwar in der Gitschiner Str. 103, in der Nähe des Halleschen Tors.



Einzel-/ Gruppenarbeit

Bitte beachten Sie, dass sich durch den Lissabonner Vertrag institutionell einiges geändert hat. Der Lissabonner Vertrag ist die Antwort auf das Scheitern des Europäischen Verfassungsvertrages, der im Jahr 2005 in Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden war. Durch den Vertrag, der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, sollen die europäischen Institutionen den durch Erweiterung und Vertiefung gewandelten Anforderungen angepasst werden.

Der Lissabonner Vertrag unterscheidet sich von dem gescheiterten Verfassungsvertrag auch und gerade dadurch, dass alle Elemente entfernt wurden, die den Eindruck erwecken könnten, es handele sich bei der EU um einen Staat. Dies betrifft auch die Symbole, die nicht mehr im Vertrag erscheinen. Dennoch werden sie von der EU weiterhin benutzt und auch viele Mitgliedstaaten verwenden die Symbole weiter. Bitte beachten Sie hierzu das „Informationsblatt I/11“.

Großbritannien und die Niederlande lehnen die Symbole als Ausdruck einer Staatswerdung Europas ab. Eine Übersicht zu den Symbolen bietet Informationsblatt I/5.

### Mittlerer Standard:

🔑 🔑 ... untersuchen zentrale europäische Institutionen, deren Zuständigkeitsbereiche und Arbeitsweisen aufgabengemäß“,

## Wie funktioniert die EU? Kompetenzen und Institutionen

Die Institutionen der Europäischen Union sollen den Schülerinnen und Schülern dieser Kompetenzstufe nicht nur vorgestellt, sondern auch in ihrer Besonderheit dargestellt werden.

Die Europäische Union ist kein Staat, sondern – wie das Bundesverfassungsgericht sagt – ein Staatenverbund. Jeder Vergleich der Institutionen mit denen eines Mitgliedstaates, also zum Beispiel Deutschlands, greift daher zu kurz.

Die Europäische Union ist eine **Union der Staaten und der Bürger**. Dies drückt sich institutionell aus: Die Staaten werden über den Europäischen Rat (also die Staats- und Regierungschefs) und den Ministerrat der Europäischen Union (in neun verschiedenen Zusammensetzungen, also der Außen- oder zum Beispiel der Innen- oder Umweltminister) repräsentiert. Die Bürger werden direkt über das von ihnen gewählte Europäische Parlament vertreten. Diese beiden Institutionen sind zusammen die Gesetzgeber. Dieses Verfahren nennt sich **Mitentscheidung**, die allerdings auf die Außenpolitik keine Anwendung findet.

Es wird oft kritisiert, dass das Parlament kein Initiativrecht habe, also nicht von sich aus Entwürfe für Richtlinien und Verordnungen einbringen könne. Dies muss allerdings im Zusammenhang damit gesehen werden, dass auch der Rat dieses Initiativrecht nicht besitzt. Es ist immer die Europäische Kommission, die die Vorschläge unterbreiten muss. Allerdings können sowohl Rat als auch Parlament die Kommission auffordern, einen Vorschlag für eine Richtlinie oder eine Verordnung vorzulegen. Die Macht der Europäischen Kommission besteht also darin, durch den ersten Vorschlag die Richtung einer Regelung beeinflussen zu können.

Das institutionelle Geflecht ist in „Europa – ein Überblick“, S. 66 ff., dargestellt. Es spiegelt allerdings den Stand vor Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages wider. Eine aktualisierte Kurzfassung dieses Kapitels finden Sie als Infoblatt I/11.

### Erweiterter Standard:

🔑 🔑 🔑 ... erschließen sich die zentralen Institutionen der EU, untersuchen und diskutieren deren Zuständigkeiten und Arbeitsweisen“,

Ergänzend zu den Erläuterungen zu den anderen Kompetenzstufen kann



**Lehrervortrag**



**Exkursion: Europäisches Parlament in Berlin**



**Planspiel oder Expertenbefragung**



**Arbeitsteilige Gruppenarbeit / Präsentationen**

**Textarbeit**



**Gruppenarbeit**



### SOL-Recherche Fallbeispiel



### Expertenbefragung

mit den Schülerinnen und Schülern anhand der Abbildung I/2 „Europäische Gesetzgebung“ die **Entstehung einer europäischen Regelung** erarbeitet werden. Dabei ist der Unterschied zwischen Richtlinie und Verordnung zu beachten. Erklärungen hierzu finden sich im Informationsblatt I/6. An einem aktuellen Fallbeispiel, wie der Feinstaubrichtlinie, können die Schülerinnen und Schüler den Entstehungsprozess eines europäischen Gesetzes und die nationale Umsetzung recherchieren und grafisch darstellen.

Ergänzend könnten auch die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) aus Berlin und Brandenburg und ihre Ausschussmitgliedschaften und Funktionen ermittelt werden (<http://europarl.europa.eu>). Diskutieren sie Möglichkeiten der Einflussnahme ggf. auch direkt mit einem MdEP (Kontakt über die Wahlkreisbüros oder das EU-Referat der Senatskanzlei).

Für Berlin und Brandenburg sitzen folgende Abgeordnete im Europäischen Parlament:

Dagmar Roth-Behrendt (Reichenbach) (SPD)  
Norbert Glante (SPD)

Joachim Zeller (CDU)  
Christian Ehler (CDU)

Reinhard Bütikofer (Bündnis 90/Die Grünen)  
Barbara Lochbihler, (Bündnis 90/Die Grünen)  
Michael Cramer (Bündnis 90/Die Grünen)  
Werner Gustav Schulz (Bündnis 90/Die Grünen)  
Ska Keller (Bündnis 90/Die Grünen)  
Elisabeth Schroedter (Bündnis 90/Die Grünen)

Alexandra Thein (FDP)

Helmut Scholz (Die Linke)

Weitere Informationen und Kontaktangaben unter:  
<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/europapolitik/mdeps.html>

Informationen zum im Juni 2009 gewählten Europäischen Parlament finden sich im Informationsblatt I/10.



### Unterrichtsgespräch

Eingeführt werden sollte im Zusammenhang mit der Kompetenzordnung der EU auch der Begriff der **Subsidiarität**. Hierzu empfehlen sich die Seiten 79–83 des Buches „Europa – Ein Überblick“.

### Fächerverbindender Unterricht: GESCHICHTE

Der Rahmenlehrplan 7.–10. Klasse nennt als mögliches Wahlthema unter „Konfrontation der Blöcke“ die „Europäische Einigung“.

# ERWEITERUNGEN, BEITRITTS- KRITERIEN, ERWARTUNGEN UND AKTUELLE KONFLIKTE



„Die Schülerinnen und Schüler ...

## Einfacher Standard:

🔑 ... erarbeiten sich den Prozess der EU-Erweiterungen und nennen Beitrittskriterien“.

Zur Behandlung der **Erweiterungen** der Europäischen Union eignet sich das Kapitel 3 des Buches „Europa – Ein Überblick“ (S. 41–61). Dabei ist es wichtig zu verdeutlichen, dass die Osterweiterung der EU, die den Schülerinnen und Schülern eventuell noch im Gedächtnis ist, keineswegs die erste Vergrößerung der Europäischen Union ist. Ihr gingen die Westerweiterung 1973 (Dänemark, Großbritannien, Irland), die Süderweiterung 1981 (Griechenland) bzw. 1986 (Portugal und Spanien) sowie die Norderweiterung 1995 (Finnland, Schweden, aber auch Österreich) voraus. Eine Thematisierung der letzten Erweiterung um Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 ist auch mit Hilfe der Themenblätter Nr. 65 „Europa der 27“ der Bundeszentrale für politische Bildung möglich.

Die Notwendigkeit, Kriterien für einen Beitritt zur EU zu fixieren, stellte sich erst mit der Wende in Europa, also dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer 1989 sowie der Auflösung der Sowjetunion 1991. Vor diesen Ereignissen war die Zahl der Länder, die der EU (damals EG) beitreten wollten, sehr überschaubar gewesen. Nun aber drängten zahlreiche Staaten des ehemaligen Ostblocks in die europäischen Integrationsstrukturen. Dem Ziel, das Bewerberfeld zu ordnen, dienten die Kopenhagener Kriterien von 1993, die Gegenstand des Arbeitsblattes I/4 sind.

## Die Zukunft der Erweiterung

Auf der Grundlage einer Konkretisierung der Kopenhagener Kriterien lassen sich künftige mögliche Erweiterungen der Europäischen Union mit den Schülerinnen und Schülern diskutieren. Mit der Türkei und Kroatien finden seit 2005 Verhandlungen statt, die Republik Makedonien hat den Status eines Beitrittslandes und hofft auf baldigen Verhandlungsbeginn, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien verfügen über eine generelle Beitrittszusage, die ihnen der Gipfel von Thessaloniki im Jahr 2003 ausgestellt hat. Sinngemäß gilt dies auch für Kosovo, das sich im Februar 2008 für unabhängig erklärt hat. Eine Textgrundlage zur weiteren arbeitsteiligen Erarbeitung des Themas mit informativen Länderdaten finden sich in „Europa – ein Überblick“, S. 123 f.

Besonders intensiv wird in der deutschen Öffentlichkeit der mögliche Beitritt der Türkei zur Europäischen Union diskutiert. Unterrichtseinheit 4 (The-

Quellenarbeit



Einzel-/ Gruppenarbeit

Quellenarbeit



kriteriengestützte  
Diskussion




Pro-Contra-Debatte

menblatt Nr. 47 „Die Türkei und Europa“ der Bundeszentrale für politische Bildung) greift dieses Thema auf und macht es möglich, die Grundfragen im Unterricht zu behandeln. Auf diese Unterrichtseinheit kann im Internet zurückgegriffen werden ([www.bpb.de/publikationen/themenblaetter](http://www.bpb.de/publikationen/themenblaetter)), sie erscheint demnächst auch in einem überarbeiteten Nachdruck.

Einen Überblick über den bisherigen Erweiterungs- und Vertiefungsprozess bietet das Informationsblatt I/7.

### Erweiterter Standard:

 ... setzen sich mit den EU-Erweiterungen auseinander und erläutern die Beitrittskriterien“,



#### Diskussion

Auf dieser Kompetenzstufe können die Beitrittskriterien intensiver diskutiert werden. Die Schülerinnen und Schüler können angeregt werden, eine Rangfolge aufzustellen und zu begründen. Welches Kriterium ist (ihnen) das wichtigste?



#### Kriteriengestützte Analyse

#### Beurteilung Fallbeispiele

Für eine Schülerdiskussion würde sich die Frage eignen, ob die bisherigen Erweiterungen diesen Kriterien tatsächlich entsprochen haben. Dies kann vor allem an den Beispielen Bulgarien und Rumänien debattiert werden. Zur Lehrerinformation oder als Schülerreferat empfiehlt sich der neueste Bericht der EU-Kommission zu den Fortschritten dieser beiden Länder seit ihrem Beitritt. Er ist online auf Deutsch (aber auch auf Englisch oder Französisch) verfügbar. Er zeigt die Defizite der beiden Länder in Bezug auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption sowie im Hinblick auf den Ausbau der Justiz- und Verwaltungsstrukturen deutlich auf.



#### SOL-Recherche Internet-Recherche

Die Schülerinnen und Schüler können hierzu Presseberichte und –kommentare online recherchieren und Fakten und Argumente herausarbeiten. Da der Europäischen Kommission die Verwendung der EU-Mittel in Bulgarien nicht hinreichend nachprüfbar schien, hat sie im Juli 2008 die Auszahlung von rund 500 Mio. Euro Finanzmittel an Bulgarien gestoppt. Zur fortlaufenden Information empfiehlt sich auch eine aktuelle Internetrecherche.

Die Schülerinnen und Schüler sollten mit Hilfe des Arbeitsblattes I/4 „Kopenhagener Kriterien“ auch das Kriterium herausfinden, das lange als das „versteckte“ Kriterium bezeichnet wurde, nämlich die **Aufnahmefähigkeit** der Europäischen Union. Hierzu kann die Gruppe anhand des Arbeitsblattes I/4a „Bundesratsentschließung zur Erweiterungsfähigkeit“ die deutsche Position zur Aufnahme neuer Mitgliedsländer erarbeiten.



#### Kriteriengestützte Diskussion

Zur Frage, welchen Stellenwert die künftige Erweiterung im Zusammenhang mit anderen Zielen der Europäischen Union haben sollte, empfiehlt sich die Aufgabe 3 des Themenblattes Nr. 65 „Europa der 27“ der Bundeszentrale für politische Bildung.

## Erweiterter Standard:

🔑 🔑 🔑 ... analysieren die EU-Erweiterungen und bestimmen den Stellenwert der Beitrittskriterien“,

Auf dieser Kompetenzstufe ist nach den Gründen der Erweiterung zu fragen. Warum haben die Beitrittsstaaten von Großbritannien bis Bulgarien die Mitgliedschaft vollzogen, warum hat die EU (bzw. EG) sie aufgenommen? Aus Sicht der Europäischen Union stand jeweils die Stabilisierung und Demokratisierung des Kontinents im Vordergrund. Die Kandidatenstaaten hatten mehrere Gründe. Sie wollten zum einen die Absicherung der Demokratie im eigenen Land (Süderweiterung), die sicherheitspolitische Verankerung im Westen nach dem Ende des Kalten Krieges (Nord- und vor allem Osterweiterung) sowie die wirtschaftliche Einbindung in den Binnenmarkt einschließlich der Unterstützung aus dem Agrar- und den Strukturfonds (alle Erweiterungen). Der ehemalige Europaminister Großbritanniens Geoff Hoon hat sich zu den Gründen der Erweiterung in seiner Rede „Warum EU-Erweiterung?“ vom 23. Januar 2007 vor dem Europäischen Parlament geäußert ([Dokument 5](#)).

Berlin und Brandenburg haben mit der fünften Erweiterungsrunde am 1. Mai 2004 Polen als direkten EU-Nachbarn gewonnen. Nachdem Mitte 2008 die letzten Grenzkontrollen entfallen sind und sich die sog. Oder-Partnerschaft Berlins mit einigen Bundesländern und den westpolnischen Wojewodschaften (Regionen) etabliert hat, kann der EU-Beitritt Polens für die Hauptstadtregion noch stärker als Gewinn gewertet werden. Neben den touristischen und ökonomischen Potentialen, die Polen bietet, haben sich insbesondere die gravierenden Unterschiede in Sozial-, Umwelt- und Lohnstandards zwischen Berlin und Polen deutlich angepasst. Dies kommt den Polen und den Deutschen zugute. Das gilt auch für die wirtschaftliche Dynamik der neuen EU-Länder; insbesondere Berlin und Brandenburg können von der hohen Nachfrage an Baustoffen und Fachkräften aus Deutschland profitieren, die unter anderem auch im Hinblick auf die Fußball-Europameisterschaften 2012 benötigt werden.

Nähere Informationen über die Oder-Partnerschaft, an der Berlin beteiligt ist, finden sich im [Informationsblatt I/8](#).

Weitere Themenaspekte, die sich für eine selbstständige Recherchearbeit eignen, sind: Polen und die Oder-Partnerschaft, Arbeitnehmermobilität in der Oder-Region, wirtschaftliche Entwicklung in Westpolen und Ostbrandenburg, die Auswirkungen des Wegfalls der Grenzkontrollen (Schengen-System).

Eine gute Möglichkeit, sehr tief in das Thema Erweiterung bzw. institutionelle Zusammenhänge der EU allgemein einzusteigen, ist das Planspiel zur Zukunft Europas, das unter <http://www.studienstaette-muenchen.de/materialien.htm> kostenlos erhältlich ist.

### Analyse



### Berlin-Bezug



### Recherche

### Planspiel

# IV

## GRENZEN UND BINNENMARKT

„Die Schülerinnen und Schüler ...

### Einfacher Standard:

🗝️ ... erläutern die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt und geben Beispiele für aktuelle Konflikte sowie Interessenunterschiede in der EU“,

### Mittlerer Standard:

🗝️ 🗝️ ... diskutieren die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt sowie aktuelle Konflikte und Interessenunterschiede in der EU“,

### Erweiterter Standard:

🗝️ 🗝️ 🗝️ ... erörtern die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt sowie aktuelle Konflikte und Interessenunterschiede in der EU und bewerten diese“,

### Einfacher Standard:

🗝️ ... erläutern die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt“.

### physikalische Karte

Das Gemeinsame dieser beiden Themenschwerpunkte ist die Entgrenzung, die innerhalb der Europäischen Union stattfindet. Die Staatsgrenzen verlieren an Bedeutung, was schon dadurch augenfällig wird, dass es an den meisten Binnengrenzen durch das Schengener Abkommen innerhalb der EU keine Grenzkontrollen mehr gibt. Da die Schweiz, obwohl nicht Mitglied der EU, das Schengener Abkommen ebenfalls übernommen und die Regelungen im Laufe des Jahres 2008 implementiert hat, findet an keiner deutschen Grenze noch eine Ausweiskontrolle statt. Einen kurzen, für Schülerinnen und Schüler geeigneten Text, findet man in „Pocket Europa“, S. 78 f.

### Quellenarbeit



### Berlin-Bezug

An den Grenzen der Europäischen Union bestehen Strukturen der grenzüberschreitenden Kooperation, die sogenannten Euro-Regionen. Hier sind zum Beispiel zu nennen der Barents Euro Arctic Council (BEAC) am nördlichen Rand Europas oder die Euroregion Bug, die Teile Polens, der Ukraine und von Belarus zusammenführt. Auch innerhalb der EU gibt es zahlreiche Euroregionen und Partnerschaften. Berlin ist über eine Vielzahl von Städtepartnerschaften, Städte- und Themennetzwerke sowie über Projektzusammenarbeit in der interregionalen Zusammenarbeit sehr aktiv. Eine ständig aktualisierte Liste mit den Städtepartnerschaften Berlins findet sich unter [www.berlin.de/rbmskzl/staedteverbindungen/index.html](http://www.berlin.de/rbmskzl/staedteverbindungen/index.html). Ein wichtiges Städtenetzwerk, an dem sich Berlin aktiv beteiligt, ist das Netzwerk EURO CITIES (<http://www.eurocities.org>).

Arbeitsblatt I/5 zum Thema Berliner Oder-Partnerschaft behandelt die Einbindung Berlins in grenzüberschreitende Kooperationen. Einen Überblick über Euro-Regionen gibt Abbildung I/3, das die Euro-Regionen mit deutscher Beteiligung zeigt bzw. Karte 2 mit einer Übersicht der europaweiten Euro-Regionen.

**Kartenarbeit**

„Wegfall der Grenzen“ ist auch die kürzeste Definition für den Binnenmarkt, der die vier Freiheiten gewährleistet. Zur Erläuterung des Binnenmarktes eignet sich das Buch „Europa – Ein Überblick“, Kapitel 5, S. 94–103, zur Illustration auch das 1. Kapitel, S. 13–19. Eine anschauliche Grafik findet sich in „Pocket Europa“ S. 15.

**Quellenarbeit**

Die Unterrichtsvorlage „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“ ermöglicht in Kapitel 4 eine Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit dem Thema. Die Schülerinnen und Schüler könnten abschließend die Vor- und Nachteile der Freiheiten des Binnenmarktes diskutieren. Hierzu empfiehlt sich auch das Arbeitsblatt I/6 „Lisas Tag“, das konkret zeigt, wo und wie die EU in unser Leben eingreift. Wichtig ist, die Berührungen im Alltag auf die Grundlagen der Europäischen Union zurückzuführen.

  
**kriteriengestützte  
Diskussion**

Beim Binnenmarkt sollte herausgearbeitet werden, dass ein freier Handel auch gemeinsame Standards und klare Kennzeichnungen erfordert. Hierfür bietet sich das Arbeitsblatt I/7 „Eierkennzeichnung“ an. Zur Demonstration kann das Anschauungsmaterial 1 (Hühnererei) verwendet werden. Zum anderen sollte deutlich werden, dass ein europaweiter Handel auch europaweiten Verbraucherschutz zur Notwendigkeit macht. Arbeitsblatt I/8 „Message on a bottle“ thematisiert diesen Zusammenhang am Beispiel der Sonnenmilch. Im Zuge einer Aufklärungskampagne für den Verbraucher zur Gefahr von Sonnenstrahlen gab die EU 2006 eine Empfehlung zur besseren Kennzeichnung heraus. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Reaktion der Industrie auf diese Regelung auf Basis der Freiwilligkeit. Ihre Entscheidung zur Umsetzung begründete beispielsweise die Firma Rossmann damit, dass der Hersteller im Rahmen des Produkthaftungsgesetzes und der Sorgfaltspflicht als Inverkehrbringer sowie aus Gründen des vorbeugenden Verbraucherschutzes auf mögliche Gefahren hinzuweisen hat. Hinsichtlich des Zeitplans der Umsetzung sei weiter anzunehmen – so Rossmann – dass so hohe Etiketten- bzw. Produktbestände vorrätig seien, dass der Verbrauch der alten Etiketten ein bis anderthalb Jahre dauern kann. Hierzu gehört das Anschauungsmaterial 2, eine Sonnenmilchflasche mit der neuen Kennzeichnung.

  
**Einzel-/ Gruppenarbeit**

Dass die deutsche Volkswirtschaft von den Freiheiten des Binnenmarkts insgesamt profitiert, bedeutet nicht, dass es keine Verlierer gibt. So bedeutet freier Kapitalverkehr, dass deutsche Unternehmen im Ausland investieren können, aber auch, dass Investitionen aus Deutschland abgezogen werden können. Ein Beispiel ist die Verlagerung der Mobiltelefonproduktion von Nokia aus Bochum nach Rumänien, der Anfang 2008 die Gemüter in Deutschland erhitzt hat.

  
**SOL – Recherche in Einzel-  
oder Gruppenarbeit**

**Fallbeispiel**

**Quellenarbeit**

Arbeitsblatt I/9 „Nokia zieht nach Rumänien“ geht auf die Problematik ein. Hier lässt sich aus unterschiedlichen Perspektiven das Problem diskutieren. Außerdem gibt es Bezüge zum Thema „Globalisierung“ (Outsourcing, Offshoring).

Die Schülerinnen und Schüler können angeregt werden, aktuelle Beispiele für die Standortverlagerung zu recherchieren.

### Mittlerer Standard:



#### Diskussion

🔑 🔑 ... diskutieren die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt“,

Auf dieser Kompetenzstufe kann mit denselben Materialien gearbeitet, der Schwerpunkt aber stärker auf die Diskussion gelegt werden. Wo verläuft die Grenze zwischen akzeptabler Normierung und inakzeptabler Reglementierung? Können die Schülerinnen und Schüler eigene Beispiele für europäische Regelungen finden und wie bewerten sie diese?

### Erweiterter Standard:

🔑 🔑 🔑 ... erörtern die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt“.

#### Quellenarbeit



#### Diskussion

Die Aufhebung von Grenzkontrollen ist auch eine partielle **Aufgabe nationaler Souveränität**, die man positiv oder negativ bewerten kann. Diese Diskussion lässt sich am Thema „Polizeiliche Nacheile“ führen, in die das Arbeitsblatt I/10 einführt. Am Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit (Europol und Eurojust) wird deutlich, dass die Aufhebung von Grenzen nicht nur an der Grenze geschieht, sondern die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Kompetenzverlagerung das ganze Land betrifft. Einen Überblick gibt das Buch „Europa – Ein Überblick“ im Kapitel 5 auf den Seiten 115–121. Ein einleuchtendes Beispiel ist der Europäische Haftbefehl, den das Arbeitsblatt I/11 (Europäischer Haftbefehl) thematisiert. Eine aktualisierte Statistik für das Jahr 2007 ist Ende 2008 erschienen ([http://www.bmj.bund.de/enid/9815fe1bc3d10fd8f48b3a548eb78dc2,0/Statistiken/Auslieferung\\_65.html](http://www.bmj.bund.de/enid/9815fe1bc3d10fd8f48b3a548eb78dc2,0/Statistiken/Auslieferung_65.html)).

#### Quellenarbeit

#### Fallbeispiel

In Hinblick auf die EU-Strukturpolitik ist der Fall des finnischen Handy-Herstellers Nokia, der seine Produktion von Bochum nach Rumänien verlegt hat, deshalb so brisant, weil der Verdacht geäußert wurde, dass die Arbeitsplatzverlagerung mit europäischen Fördergeldern unterstützt wird. Dies ist zwar im unmittelbaren Sinne nicht richtig, stimmt aber mittelbar, da Rumänien Fördergelder erhält, um seine Infrastruktur auszubauen – die es dann auch Nokia anbieten kann.



#### kriteriengestützte Diskussion

Die EU-Strukturpolitik, für die immerhin rund 30 Prozent des EU-Budgets (das sich insgesamt auf 121 Mrd. Euro beläuft) ausgegeben werden, basiert auf dem Prinzip der Solidarität. Verträgt sich das mit dem Grundsatz des Binnenmarktes? Soll man beispielsweise Rumänien, das ja schon den

Vorteil niedriger Lohnkosten hat, noch dadurch unterstützen, dass man ihm hilft, seine Infrastruktur auszubauen – oder ist das einem Land wie Deutschland gegenüber unsolidarisch, weil die Deutschen so noch dafür zahlen, dass ihre Arbeitsplätze abwandern?



Auch Deutschland profitiert von der EU-Strukturpolitik. Einen Überblick über Berliner EU-Förderprojekte bietet die Broschüre „Europa beispielhaft“, die aus jedem Bezirk und Bereich ein Projektbeispiel nennt.

Berlin erhielt innerhalb der Förderperiode 2000-2006 etwa 1,3 Mrd. Euro aus den Europäischen Strukturfonds. Davon entfielen etwa 766 Mio. Euro auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Dadurch konnten in Berlin etwa 6.200 Projekte in Wirtschaft, Umweltschutz und Forschung durchgeführt werden und mehr als 31.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Etwa 540 Mio. Euro entfielen auf den Europäischen Sozialfonds (ESF). Seit dem Jahr 2000 konnten hierdurch mehr als 100.000 Berlinerinnen und Berliner in rund 2.800 Aus- und Weiterbildungsprojekten gefördert werden. Auch 2007–2013 erhält Berlin ca. 1,2 Mrd. € an Strukturfondsförderung.

Jährlich im Frühjahr und im Herbst laden die Senatskanzlei und die EU-Kommissionsvertretung Berliner Schulklassen zur Besichtigung anschaulicher europäischer Förderprojekte ein. Im Rahmen der sogenannten „Tour d’Europe“ werden im Herbst auf einer eintägigen Rundfahrt z. B. das „Gläserne Labor“, das Naturkundemuseum, das Mitmachmuseum in Pankow und andere Orte vorgestellt.

Kontakt: [Christian.Keune@Senatskanzlei.Berlin.de](mailto:Christian.Keune@Senatskanzlei.Berlin.de)

## KONFLIKTE UND INTERESSENUNTERSCHIEDE

### Einfacher Standard:

🔑 ... geben Beispiele für aktuelle Konflikte sowie Interessenunterschiede in der EU“,

Diese Beispiele sollten aus der aktuellen Diskussion gewonnen werden. Immer wieder wird offenkundig, dass es in der EU keineswegs selbstverständlich gemeinsame Auffassungen über die Politik der Europäischen Union gibt.

Die Unterschiede entspringen aus verschiedenen nationalen und politischen Interessen. So ist Deutschland als ein Staat, in dem viele größere Autos gebaut werden, nicht daran interessiert, einen einheitlichen Abgaswert für alle Automobile festzulegen, während Staaten, in denen überwiegend Kleinwagen produziert werden, dieses befürworten.

Länder, in denen die Agrarpolitik eine große Rolle spielt, befürworten das Subventionssystem der Gemeinsamen Landwirtschaftspolitik, während andere es als zu teuer ablehnen.





### Berlin-Bezug

Bereits seit 2007 werden die Haushaltsprioritäten der EU ab 2013 diskutiert und Berlin bringt sich mit anderen Ländern über die Europaministerkonferenz und den Bundesrat aktiv in die Debatte ein. Eine wesentliche Forderung des Landes Berlin besteht etwa darin, dass die hohe Mittelbindung im Bereich der Agrarsubventionen über die Jahre hinweg zugunsten „moderner“ und zukunftsfähiger Politikbereiche wie Innovation, Bildung und die Stärkung der „städtischen Dimension“ in der Förderung abgeschmolzen werden soll. Nach dem Motto „Mehr Geld für die Köpfe statt für die Rüben“ soll zugunsten der sog. Lissabon-Ziele (Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und sozialer Zusammenhalt) umverteilt werden.

### Kontroverse

Ein weiterer Grund für Auffassungsdivergenzen sind unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie viel Kompetenz die Nationalstaaten an die EU abtreten sollten. Hier gibt es „europafreundliche“ Staaten, die eher „europaskeptischen“ Partnern gegenüber stehen. Es gibt Staaten, die dem Konzept einer Freihandelszone zuneigen und andere, die eine enge politische Union als Zielvorgabe wünschen (siehe Stichwörter Supranationalität und Subsidiarität, „Pocket Europa“ S. 84 und S. 86).



Eine dritte Quelle für verschiedene Auffassungen sind die unterschiedlichen politischen Grundüberzeugungen der nationalen Regierungen und der sie tragenden Parteien. Während konservative und liberale Politiker einen weitgehenden sozialen Schutz beispielsweise der Arbeitnehmer als schädlich für die Wirtschaft ablehnen, befürworten sozialdemokratische und sozialistische Regierungen weitergehende Regelungen zur sozialen Absicherung des Einzelnen. An der Mindestlohndebatte kann dieses exemplifiziert werden.



### Recherche

Auf dem einfachen Kompetenzniveau kann die Aufgabe für die Schülerinnen und Schüler darin bestehen, solche Unterschiede durch die Analyse der Tagespresse aufzuspüren.

### Mittlerer Standard:


  ... diskutieren aktuelle Konflikte und Interessenunterschiede in der EU“;



### Gruppenarbeit / Pro&Contra-Debatte

Auf diesem Kompetenzniveau sollten die Schülerinnen und Schüler die festgestellten Divergenzen diskutieren. Es empfiehlt sich eine strukturierte, in Arbeitsgruppen vorbereitete Diskussion, in der die Schülerinnen und Schüler gehalten sind, eine bestimmte „Pro“- oder „Contra“-Position zu vertreten, da dadurch sichergestellt ist, dass unabhängig von der persönlichen Meinung der Lernenden die unterschiedlichen Auffassungen zu Wort kommen.

## Erweiterter Standard:

 ... erörtern aktuelle Konflikte und Interessenunterschiede in der EU und bewerten diese“.

Zusätzlich können die Schülerinnen und Schüler die unterschiedlichen Positionen innerhalb der EU auf unterschiedliche soziale und nationale Interessen zurückführen. Dies kann dadurch gelingen, dass sie in einem Rollenspiel die Position verschiedener Sozialpartner oder Nationalstaaten einnehmen und ihre Argumentation hieraus entwickeln.



**Rollenspiel**

Zielkonflikt: Die Freiheiten des Binnenmarktes vs. „Soziales Europa“

**Erläuterung**


In den letzten Jahren hat die Debatte um die soziale Dimension Europas stark zugenommen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hat die Diskussion über den sozialen Schutz weiter intensiviert. Die Kommission selbst hat im November 2007 und im Juli 2008 mehrere Dokumente vorgelegt, die als „Sozialagenda“, „Sozial-Paket“ und „Soziale Vision“ die Debatte um ein soziales Europa in Ergänzung zum EU-Binnenmarkt beflügelt haben. In der Öffentlichkeit haben zudem mehrere Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) gegen nationale Tarif- und/oder Mindestlohnregelungen für zum Teil heftige Auseinandersetzungen über den „neo-liberalen“ Charakter der EU bzw. ihrer Institutionen geführt. Auch in Berlin musste nach einer EuGH-Entscheidung das Berliner Vergabegesetz im Juni 2008 ausgesetzt werden. Konkret ging es um die Vorgabe, einen Mindestlohn zu zahlen, woran ein polnisches Unternehmen sich nicht gebunden fühlte. Der EuGH hat der Firma Recht gegeben: Wenn es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt, dürfe dieser nicht durch die Hintertür des Vergaberechts eingeführt werden. Die Frage des Verhältnisses von Binnenmarktfreiheiten und (zum Teil national sehr weitgehenden) sozialen Normen wird in den nächsten Jahren ein prägendes Element der Debatte um die Zukunft der EU sein. Im Kern wird hier die Frage zu beantworten sein, ob die EU im Bereich der Sozialpolitik mehr Kompetenzen erhalten soll: Eine Forderung, die sich nach regelmäßigen Umfragen von Eurobarometer im Gegensatz zu Politikfeldern wie Sicherheit und Umwelt nicht auf Mehrheiten in der europäischen Öffentlichkeit stützen kann. Die Mehrheit der Europäer und Europäerinnen ist nach wie vor der Meinung, dass das Sozialwesen in die Kompetenz der Nationalstaaten gehöre, wo sich grundlegende Fragen (z.B. Tariftreue/ Mindestlohn) jedoch bei offenen Grenzen immer schwerer regeln lassen.



# CHANCEN UND MÖGLICHKEITEN FÜR JUGENDLICHE IM EUROPÄISCHEN RAUM

Alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union besitzen neben ihrer nationalen Staatsangehörigkeit auch die EU-Bürgerschaft. Dies garantiert ihnen innerhalb der Europäischen Union weitgehende Rechte, einschließlich der Freizügigkeit und der Arbeitsaufnahme in allen Teilen der Union. Wer in Berlin in den Polizeidienst eintreten will, muss deutsche(r) Staatsangehörige(r) sein – oder die Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Landes sein eigen nennen. Ziel dieses Kapitels ist es, auf Chancen hinzuweisen, die Europa jungen Menschen bietet.

## Einfacher Standard:

 ... verschaffen sich einen Überblick über die Chancen von Jugendlichen im europäischen Raum anhand von Fallbeispielen“,



### Recherche

Das [Informationsblatt 1/9](#) gibt einen Überblick über die Möglichkeiten, die sich jungen Menschen in der Europäischen Union bieten. Man kann die Schülerinnen und Schüler bitten, aus ihrem Bekanntenkreis Beispiele zu beschreiben, wie solche Chancen (Comenius-Schulpartnerschaften, Sprachaufenthalte, Europäischer Freiwilligendienst) genutzt worden sind. Solche selbst recherchierten Beispiele haben einen hohen Glaubwürdigkeitswert. Der beigefügte „[Berliner Europakompass](#)“ des Europareferats der Senatskanzlei gibt wertvolle Hinweise auf Möglichkeiten und Kontaktpartner in Berlin.



### Einzelarbeit

Ein Muster eines Youthpass, mit dem es möglich ist, non-formales Lernen bei Jugendbegegnungen, Freiwilligendienste etc. zu belegen, findet sich als [Dokument 6](#). Ein weiteres, auch in Kombination mit dem Deutschunterricht zu thematisierendes, interessantes Dokument ist der Europäische Lebenslauf ([Dokument 7](#)). Er bietet einen umfassenden und standardisierten Überblick über die Arbeitserfahrung und den Bildungsstand des Einzelnen. Die Schülerinnen und Schüler können gebeten werden, einen solchen europäischen Lebenslauf auszufüllen – auf dem heutigen Stand und auf dem Stand, auf dem sie sich in 10 oder 15 Jahren sehen.



### Diskussion

In der [Unterrichtseinheit 1](#) „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“ findet sich eine Diskussionsaufgabe, die dazu genutzt werden kann, das Thema diskursiv zu vertiefen und die persönliche Betroffenheit herauszustellen.



### Berlin-Bezug

Für interessierte Berliner Schulen stehen zu den Comenius-Schulpartnerschaften und dem eTwinning-Netz sogenannte Landesmoderatoren als Ansprechpartner zur Verfügung. Kontaktdaten entnehmen Sie dem „[Berliner Europakompass](#)“ S. 26. Dort findet sich auch die Dokumentation eines prämierten Berliner Beispielprojekts.

Erfolgreiche Schulprojekte werden regelmäßig im EU-Schulnewsletter vorgestellt und auf der Website [http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oefentlichkeitsarbeit/europa\\_in\\_der\\_schule.html](http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oefentlichkeitsarbeit/europa_in_der_schule.html) veröffentlicht.

### Mittlerer Standard:

🔑 🔑 ... untersuchen die Chancen von Jugendlichen im europäischen Raum anhand von Fallbeispielen“;

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Jugendlichen als die „natürlichen Verbündeten“ bezeichnet, um Europa voranzubringen. „Gerade junge Menschen werden in ihrer Lebensperspektive in umfassender Weise von den Möglichkeiten Europas profitieren können.“

Dieses Zitat kann für die Schülerinnen und Schüler zur Diskussion gestellt werden.

Im Frühjahr jedes Jahres findet im Berliner Rathaus die Europäische Bildungsmesse „Avanti“ statt, bei der sich die Schülerinnen und Schüler über Ausbildungs-, Praktikums- und Studienmöglichkeiten im europäischen Ausland informieren können (siehe [www.berlin.de](http://www.berlin.de) und „Berliner Europakompass“). Die Messe hat in diesem Jahr bereits am 18./19.Juni stattgefunden. Der Termin für das kommende Jahr 2010 steht noch aus und wird demnächst auf der Website der Veranstalter: [www.avanti-info.de](http://www.avanti-info.de) bekanntgegeben.



**Diskussion**



**Exkursion**

### Erweiterter Standard:

🔑 🔑 🔑 ... untersuchen Chancen von Jugendlichen im europäischen Raum anhand von Fallbeispielen und bewerten die Realisierungsmöglichkeiten“.

Auf dieser Kompetenzstufe kann zusätzlich eine Diskussion über die Vor- und Nachteile der Europäisierung des beruflichen und privaten Lebens geführt werden. Weitläufigkeit und neue Erfahrungen stehen dabei einer Minderung an Geborgenheit und einer Vergrößerung der Konkurrenz durch andere junge Leute gegenüber. Man könnte hierzu eine Podiumsdiskussion durchführen, die die Schülerinnen und Schüler in Gruppen vorbereiten. Es empfiehlt sich eine Referentin oder einen Referenten der „European Young Professionals“ hierzu einzuladen. Ansprechpartner in Berlin: siehe „[Berliner Europakompass](#)“.

Jährlich im September findet, von der Senatskanzlei organisiert, die „Tour d'Europe“ statt, die einen Überblick über Europa in Berlin gibt (siehe „[Berliner Europakompass](#)“).

In Berlin stammen ca. 145.000 Bürgerinnen und Bürger aus den EU-Staaten (31% des ausländischen Bevölkerungsanteils), gut 6.000 Studierende



**Gruppenarbeit  
und Diskussion**



**Exkursion**



**Berlin-Bezug**

sind aus der EU, jährlich besuchen knapp 2 Mio. Gäste aus Europa (ohne Deutschland) unsere Stadt (2007); knapp ein Drittel der 17 Mio. Übernachtungen in Berlin sind Gäste aus Europa (2007). Die Berliner Exporte gingen 2007 zu 51% in die EU, 66% unserer Importe bezogen wir aus der EU. Zur selbständigen Weiterarbeit empfiehlt sich die Berlinstatistik unter [www.statistik-berlin-brandenburg.de](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de), der auch diese Angaben entnommen sind.



#### **Recherche**

Man kann die Schülerinnen und Schüler auch bitten, einen Berlin-Steckbrief zu erstellen: Gesucht wird „Europa in Berlin“. Wie viele nicht deutsche EU-Bürger gibt es in Berlin? Wie ist es mit dem Wirtschaftsaustausch, kann man dadurch etwas über gesicherte Arbeitsplätze sagen?



#### **Projektarbeit zum MSA**

Es finden sich aber eine Vielzahl weiterer Bezüge zur Internationalität der Stadt: Wie viele europäische Botschaften gibt es in der Stadt? Welche europäischen Kulturinstitute existieren in Berlin? Was fällt uns noch zu Europa in Berlin ein? Zu allen Themenbereichen können Vorträge und Diskussionen mit dem Europäischen Haus (Vertretung der EU-Kommission in Deutschland und des Europäischen Parlaments in Deutschland) vereinbart werden (siehe „[Berliner Europakompass](#)“).

#### **Expertenvortrag (Vor- und Nachbereitung)**